

## Eine Ausländerdebatte im Stadtrat.

Stadtrat Dr. Fritz Winter berichtete gestern im Stadtrat über einen Antrag des Gemeinderates Rotter auf Zählung der von den Ausländern in Wien bewohnten Wohnungen. Der Magistrat bezeichnete die Durchführung dieses Antrages gegenwärtig als undurchführbar, weil die gesetzlichen Hindernisse und die technischen Möglichkeiten zur Durchführung einer solchen Zählung nicht gegeben seien.

Der Antragsteller Gemeinderat Rotter regte an, die Zählung dieser Wohnungen durch die Protokommissionen vornehmen zu lassen und betonte, daß durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die bereits in kurzer Zeit in größerem Maßstabe einsetzen werde, die Freimachung von Wohnungen unbedingt notwendig werde.

Stadtrat Rummelhardt stellte fest, daß diejenigen Ausländer, die in Wien einem moralischen und ehrlichen Erwerbe nachgehen, nicht den geringsten Anlaß zu einer Befürchtung zu haben brauchen, da der Sinn des Antrages nur gegen jene gerichtet sei, die durch verschiedene dunkle Geschäfte der Wiener Bevölkerung lästig geworden sind.

Bürgermeister Neumann teilte mit, daß in der nächsten Zeit eine Besprechung der staatlichen Behörden und aller mit dieser Frage beschäftigten Faktoren stattfinden werde, die sich mit der Ueberflutung Wiens durch die Fremden befassen werde. Bei dieser Gelegenheit könne auch die im Antrag des Gemeinderates Rotter gegebene Anregung berücksichtigt werden.

Stadtrat Sirotek gab der Befürchtung Ausdruck, daß sich der Antrag auch gegen jene Ausländer richte, die durch Jahrzehnte bereits in Wien ansässig sind und ein Anrecht auf die Gehobtheit erworben haben.

Stadtrat Vaugoin stellte fest, daß die Flüchtlingsplage in Wien auch von den staatlichen Behörden und sogar von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern des öfteren schwer empfunden wurde.

Stadtrat Dr. Schenwies darauf hin, daß erst vor wenigen Tagen eine Verordnung erschienen sei, der zufolge der Gemeinde das Recht zusteht, allen jenen Ausländern, die seit dem Jahre 1914 wegen irgendeines gewinnbringenden Verbrechens bestraft wurden, die Wohnung zu beschlagnahmen. mo-

durch dem Antrag des Gemeinderates Rotter in der Hauptsache bereits entprochen worden sei.

Stadtrat Körber stellte fest, daß die Anwesenheit so vieler Ausländer in Wien dem Staate Deutschösterreich überaus große Kosten verursache, da auch die Ausländer im Genuße aller Begünstigungen stehen, die der Staat beim Bezug von Lebensmitteln, hauptsächlich Brot, gewährt. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde der Antrag auf Kenntnisnahme des Magistratsberichtes angenommen.